

am 6. Juni begann er dort seine Thätigkeit in preussischen Diensten, obgleich die förmliche Entlassung aus dem sächsischen Dienstverhältnisse, die er vorher nachgesucht hatte, erst vom 17. Juni datirt ist.

Sohr's Stellung in Merseburg war die eines vortragenden Hülfсарbeiters und er bezog zunächst mit dem Titel eines Geheimen expedirenden Sekretärs dieselben Einkünfte fort, die er in Dresden gehabt hatte, d. h. ein Fixum von 400 Thlr. jährlich und als Aequivalent für die dort genossenen Emolumente 1 Thlr. täglicher Diäten. Ohne demnach äußerlich irgendwie glänzend situiert zu sein, fand er doch während der Fortdauer des provisorischen Zustandes, in dem sich die Verwaltung der neu erworbenen Landestheile noch längere Zeit befand, reiche Gelegenheit, eine vielseitige und einflussreiche Thätigkeit zu entfalten. Er trat in der ersten Sektion des Gouvernements in Merseburg als votirendes und berathendes Mitglied ein, welche alle den Abtheilungen der Polizei und des Innern, sowie des Kirchen- und Schulwesens der königlichen Regierung später zugewiesenen Geschäfte neben der Justiz-Verwaltung übernahm und bearbeitete die Präsidialia, die Kirchen- und Schulangelegenheiten, sowie die Hoheitsfachen, unter welche letzteren auch die Ausgleichungsangelegenheiten mit Sachsen gehörten, die für die besonders in Dresden eingesetzte königlich preussische Ausgleichungs-Kommission präparirt werden mußten.

Daß er dieser schwierigen Aufgabe zur vollen Zufriedenheit seiner neuen Vorgesetzten genügte, darüber liegt ein von dem Geheimen Staatsrath Bülow, dem ersten Oberpräsidenten der neugebildeten Provinz Sachsen, unterzeichnetes Zeugniß vor, welches seine vorzügliche Umsicht, Kenntniß und Geschicklichkeit, seinen lobenswerthen Eifer und seine rühmliche Ausdauer hervorhebt. Daß er aber dabei auch seine alten Beziehungen zu der Heimath nicht vergaß, dafür fehlt es ebensowenig an Beweisen; denn wenn er auch von manchen seiner Landsleute als ein Abtrünniger getadelt wurde, so überwog doch die Zahl derer, die durch ihn in ihren eigenen Angelegenheiten gefördert sein wollten, guten Rath für ihr Verhalten in den neuen Verhältnissen, wirksame Fürsprache bei der preussischen Behörde oder vortheilhafte Anstellungen durch ihn zu erlangen wünschten: und wo er konnte half er gern.\*)

\*) Da über das preussische Verfahren gegen Sachsen nicht nur in jener Zeit mit vieler Leidenschaft pro et contra gestritten worden ist, sondern sich dieser Streit bis in die Literatur der Gegenwart hinein fortgepflanzt hat, dürfte es von Interesse sein, aus der Korrespondenz von Sohr wenigstens ein paar charakteristische Zeugnisse über die Stimmung jener Tage anzuführen. Schon am 4. Juni 1815 wendet sich von Dresden aus einer seiner Freunde an ihn, um durch seine Vermittelung eine Anstellung im preussischen Dienste zu erlangen. „Die hiesigen Verhältnisse“, schreibt er, „sind keineswegs geeignet, für die Zukunft eine Hoffnung zu schöpfen. Man scheint höchsten Orts die Größe unsers Unglücks noch nicht zu kennen oder einzusehen und unsern Zustand noch weit vortheilhafter, als er ist, zu beurtheilen. Daher kommt es, daß in Wien ein Gesandter mit 12,000 Thlr. Gehalt und 3000 Thlr. zur Einrichtung, in München einer mit 6000 Thlr. Gehalt und in Dresden ein Gouverneur mit 6000 Thlr. Einkünften angestellt werden. Was soll daraus werden!! Man reducirt die Kollegia und Kanzleien, aber gewiß bei weitem zu wenig, wenn man sich an einen einfachen Geschäftsgang gewöhnen wollte. Der gewiß zweckmäßige Plan zur Vereinigung des Kabinetts und Geheimen Konsilii soll abgeworfen sein. Welche Aussichten für die Zukunft“ u. s. w. — —

In dem Briefe eines anderen Korrespondenten (Heun) aus Dresden vom 9. September 1815 heißt es: „Hier leben wir in mäßiger Arbeit und stiller Eingezogenheit. Die Leute zerfallen hier in 3 Klassen. Eine, Bischoff an ihrer Spitze, und einige, doch ja nicht alle Offiziere auf den Flügeln, schimpft auf Preußen, wie die Rohrsperrlinge; Bischoff z. B.,